

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

1/XV/50 - 1. März 1960

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Berliner Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland	91
3	"Päter nicht ermittelt" "Fall Pollwurm" immer noch ungeklärt	31
4 - 5	"Soziale Strafgelierung" in der Bundesrepublik Brennende Probleme der deutschen Innenpolitik Ollenhauer und Wöhner bei den Bergarbeitern	76
6	Carl Störbeck - 30 Jahre Ein Leben im Dienste der Deutschen Sozialdemokratie Von Alfred Nau, Mitglied des Präsidiums der SPD	44

\* \* \*

\* \*

## Die Berliner Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist eine gesamtdeutsche Körperschaft mit 120 Vertretern aller evangelischen Landeskirchen in Ost und West. Sie tritt selten zusammen, wie schon der Abstand ihrer letzten Tagungen von April 1958 bis zum Februar 1960 zeigt. Umso vielfältiger und schwerwiegender können die Themen sein, die sich in den jeweils etwa fünf Tagen harter Dynodalarbeit wie in einem Brennspiegel sammeln und danach wieder in die ruhige Behandlung von kleinen Arbeitskreisen überwiesen werden. Die Kirche arbeitet auch in bewegter Zeit ruhig und gelassen.

Zentralthema der soeben beendeten Synode war "Sonntag und Freizeit". Hier stellen die moderne Arbeitswelt und veränderte Wirtschaftsordnungen die Kirche vor eine Reihe von Aufgaben, die nicht einfach in überkommener Weise behandelt werden können und deshalb neuer Methoden bedürfen. Die Synode widmete sich ihrer Erörterung inmitten vieler anderer brennender Fragen.

Die Synode von 1958 hatte eine tiefgehende Meinungsdivergenz zur atomaren Bewaffnung hinterlassen. Kann sie christlicherweise erlaubt sein? Darüber ist es auch inzwischen zu keiner Einigung gekommen. Nach wie vor gibt es gewichtige Stimmen, die eine atomare Bewaffnung ebenso strikt verneinen, wie andere sie für unausweichlich und darum für erlaubt halten. Die Synode gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bevorstehenden Konferenzen den Weg zur Entspannung und Abrüstung finden und erklärte:

"Wenn diese Bemühungen scheitern, dann droht die Möglichkeit, daß in absehbarer Zeit an Elbe und Werra deutsche Soldaten, mit Atomwaffen ausgerüstet, sich feindlich gegenüberstehen, - eine Aussicht, die uns um unseres Volkes und um des Friedens der Völker willen mit Schauern erfüllt".

Die Synode beschwört alle Verantwortlichen, insbesondere in den beiden Teilen Deutschlands, diese Entwicklung zu verhindern.

Zu diesem schon oft behandelten Thema hatte sich mittlerweile aus der Erregung über die bekannte Schrift von Bischof Dibelius das Thema von der Obrigkeit hinzugesellt. Frühere Erklärungen bestätigend, sprach die Synode auf Grund eines Antrages von Prof. Collwitzer noch einmal aus, daß sie den Staat unabhängig vom Zustandekommen seiner Gewalt und unabhängig von seiner politischen Gestalt als gnädige Anordnung Gottes ansieht. Der Christ hat dem Staat zu geben, was des Staates ist, freilich mit der Einschränkung, daß er Gott zu geben hat, was Gottes ist. Das Evangelium kann nicht im Geist einer politischen Feindseligkeit, sondern nur im Geist einer grundsätzlichen politischen Loyalität verkündet werden. Nur von solcher Grundhaltung aus können Christen den Staat auch dann bei seinem ihm von Gott gegebenen Auftrag festhalten, wenn der Staat nichts von Gottes Auftrag wissen will, sondern sich an eine gottlose Weltanschauung verliert.

Damit hat die Synode das Fundament christlicher Existenz im Staat, das über der Schrift von Bischof Dibelius ins Zwielficht geraten war, wieder deutlich klargestellt. Unabhängig davon hat sie Bischof Dibelius zugleich gegen die Angriffe einer politischen Propaganda in Schutz genommen, was nichts mit einem Vertrauensvotum zu tun hat.

Sowohl die Atomfragen als auch Einzelfragen des Verhältnisses der Christen zu ihrem Staat in der verschiedenartigen Lage der beiden Teile Deutschlands bedürfen noch weiterer Klärung; die Synode beauftragte den Rat der EKD, sie herbeizuführen. Dagegen kam die Auseinandersetzung um den Militärseelsorgevertrag dahin zum Abschluß, daß dieser Vertrag nur die Gliedkirchen in der Bundesrepublik angeht.

Begreiflicherweise erörterte die Synode auch die antisemitischen Vorfälle der letzten Monate. Ihre Ursachen liegen tief, und es gilt, den Gemeinden deutlich zu machen, daß Christenglaube und Judenhaß unvereinbar sind. Darum muß dem Verhältnis von Kirche und Israel in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berlin-Brandenburgischen Provinzialsynode vom Januar des Jahres gründliche Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Mit der noch nicht ganz abgeschlossenen Hilfsaktion unter der Losung "Brot für die Welt" ist in Deutschland zum ersten Mal ein Hilfswerk für notleidende Menschen in anderen Teilen der Welt begonnen worden. Die Synode dankte allen Gebern und stellte zugleich fest, daß das, was bisher geschah, nur ein Anfang sein kann. Wir dürfen über der Hungersnot in der Welt nicht mehr zur Ruhe kommen.

Zu den mancherlei Differenzen im Protestantismus gehört nicht zuletzt auch der 400-jährige Streit um die Abendmahlslehre. Von daher scheiden sich die Gliedkirchen der EKD heute noch in lutherische und reformierte Kirchen, neben denen sich im 19. Jahrhundert die unierten Kirchen entwickelt haben. Wie will man diese Scheidungen rechtfertigen? Seit zehn Jahren haben sich führende Theologen erneut um diese notvolle Frage bemüht und in Arnoldshain (Hessen) dazu Thesen aufgestellt, die von der Synode mit Freude zur Kenntnis genommen wurden. Die Synode bat dringend, um die Fortführung dieser verheißungsvoll begonnenen Arbeit bemüht zu sein.

Auch damit ist noch nicht alles aufgeführt, was die Berliner Synode verhandelt hat. Neuordnung der Konfirmation und Regularien wie Raushalt, Nachwahl zum Rat der EKD und innerkirchlichen Gesetze spielen ebenfalls eine Rolle - wahrlich ein großes Pensum!

Nicht zu erweisen aber ist die Bedeutung der Aussprachen zwischen den Synodalen aus Ost und West. "Ihr dürft uns nicht aus dem Horizont Eures Gesichtskreises verlieren!" rief ein Synodaler aus dem Osten einem Synodalen aus dem Westen in nächtlicher Diskussion zu, als der Mann aus dem Westen gar zu wenig Verständnis für die Gegebenheiten im anderen Teil Deutschlands erkennen ließ. Möge die Kirche als eine Klammer über die Zertrennung hinweg auch weiterhin solchen Dienst der Begegnung und der Entwicklung der Horizonte tun!

"Täter nicht ermittelt"

zu. - Kiel

Lange vor der Synagogenschändung in Köln und der folgenden antisemitischen sowie neonazistischen Schmierwelle wurde am 9. November vergangenen Jahres sozusagen zum 21. Jahrestag der "Reichskristallnacht" auf der kleinen Nordseeinsel Pellworm vor der schleswig-holsteinischen Westküste eine üble Schmiererei festgestellt. Das neue Pastorat und ein anderes Gebäude bei der Alten Kirche waren damals mit der Aufschrift "Juden raus" und mit Hakenkreuzen verunziert worden. Das Empörende an dieser Angelegenheit aber ist darüber hinaus, daß die schleswig-holsteinischen Verfolgungsbehörden bis heute nicht in der Lage waren, die Täter auf der kleinen Insel ausfindig zu machen.

Es hatte bereits zur Jahreswende erhebliches Aufsehen hervorgerufen, daß der erste Staatsanwalt in Flensburg, Biermann, am 17. Dezember die Ermittlungen sang- und klanglos einstellte. Das geschah, wie der Kieler Justizminister Dr. Beveren. (FDP) erklären ließ, "weil trotz umfangreicher Ermittlungen der Täter nicht festgestellt werden konnte".

Erst nach der Synagogenschändung in Köln und Beschwerden von Landtagsabgeordneten beim Justizministerium nahm Biermann die Ermittlungen am 31. Dezember wieder auf. Es bestanden berechtigte Zweifel darüber, ob dieser Oberstaatsanwalt, dessen Dienststelle der Täter bisher nicht entdeckte, auch alles getan hat, um ihn zu finden, denn er hatte ja bereits am 17. 12. die Ermittlungen eingestellt.

Das Kieler Justizministerium gibt seitdem immer nur auf dringende Anfrage lapidar bekannt: In Pellworm wurden keine Täter festgestellt, die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß das Verhalten von Biermann auch in einem anderen Fall überprüft wurde, nämlich im Zusammenhang mit der überraschenden Abreise des Dr. Schwabe alias Professor Hoyda am 5. November vorigen Jahres aus Flensburg. Es ist jetzt notwendig, daß man sich höheren Orts für diesen "interessanten" Oberstaatsanwalt interessiert und ihm notfalls die Pellwormer Ermittlungen abnimmt.

"Soziale Strangulierung" in der Bundesrepublik

NHD. - Es waren etwa 1 200 sozialdemokratische Bergarbeiterfunktionäre, die am vergangenen Wochenende auf Einladung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der IG-Bergbau an einer Tagung in der Kleinen Westfalenhalle in Dortmund teilnahmen. Mittelpunkt der unter Leitung des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer stehenden Veranstaltung war das Referat des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner, der sich mit den "Politischen Grundfragen des deutschen Bergbaues" auseinandersetzte. In seinen von den Bergarbeitern immer wieder durch lebhafteste Zustimmung unterbrochenen Ausführungen legte Herbert Wehner den Akzent auf die allgemeinen politischen Entwicklungslinien in der Bundesrepublik. Von daher ergaben sich dann jene Verbindungen, die klar werden ließen, daß auch die Bergbaukrise nur das folgerichtige Ergebnis einer Politik ist, die einzig und allein auf die Wahrung der Interessen einer kleinen besitzenden Minderheit ausgerichtet ist. Es war das unausgesprochen gebliebene Wort von der "sozialen Reaktion", das den Ausführungen ihr charakteristisches Gepräge gab. Mit der schonungslosen aber wohltuenden Offenheit des politischen Analytikers reichte Herbert Wehner die letzten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Vorgänge in der Bundesrepublik aneinander, um daraus dann die sich für die sozialdemokratischen Bergarbeiterfunktionäre ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen bestehen darin, daß die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit endlich mehr dafür tun muß, um vor allem ihr politisches Gewicht entsprechend ihrer großen Zahl in die Waagschale zu werfen. Nur so könne die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer gewährleistet werden.

"Bundesminister reagieren nur auf Druck"

Seine Beispiele über den Härteausgleich für die Bergarbeiter sowie die geplante Reform der Krankenversicherung gestatteten Herbert Wehner eine sehr gegenwartsbezogene Beweisführung, die bei seinen Zuhörern erheblichen Eindruck hinterlassen haben dürfte. Seiner Bemerkung "Bonner Bundesminister reagieren nur auf Druck" hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende den nachdrücklichen Hinweis vorausgehen lassen, daß der Härteausgleich für die den Bergarbeitern ohne eigenes Verschulden entstandenen Pensionsrückstellungen von der Bundesregierung "erzwingen werden mußte - er wurde nicht geschenkt".

In diesem Zusammenhang ist das Wort von Herbert Wehner nicht uninteressant, daß die von Bundesminister Schröder geplante Notstandsgesetzgebung "nicht von dem Verdacht frei" ist, in Zukunft "gewerkschaftliche

Aktionen einzuschränken", denn bezeichnenderweise seien genau jene Grundrechte von dem Schröder'schen Notstandsgesetz bedroht, die als Grundlage jeder gewerkschaftlichen Aktivität anzusehen sind.

Herbert Wehner forderte die Arbeitnehmerschaft weiter auf, in ihrem Protest gegen die von Blank geplante Reform der Krankenversicherung nicht nachzulassen, denn nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung werde es gelingen, den vorliegenden Entwurf zu ändern. Übrigens sei es typisch, daß die "soziale Strangulierung" (siehe Krankenversicherung) mit dem Abbau der demokratischen und politischen Rechte der Arbeitnehmer (siehe Notstandsgesetz) in gleicher Weise einhergehe. Hier berief sich dann der Redner auf das schon von August Bebel postulierte "Recht der Arbeitnehmer, sich in Organisationen zusammenzuschließen", um ihre Interessen wahrzunehmen. Wehner bezeichnete dieses Recht als ein "entscheidendes Recht", das die Sozialdemokraten sowohl gegen Pankow als auch Bonn verteidigen werden.

Auch Heinrich Gutermuth, der 1. Vorsitzende der IG-Bergbau, stellte in seiner Schlußansprache fest, daß die Bergbaukrise vom Osten politisch ausgenutzt würde. Er betonte: "Wir sind ihnen in aller Härte entgegengetreten. Wer die östlichen Prinzipien bejaht, hat in einer demokratischen Organisation nichts zu suchen".

#### Ollenhauer: Politisches Bewußtsein stärken

Für den 19. März kündigte Gutermuth eine große Ruhrrevierkonferenz seiner Gewerkschaft in Gelsenkirchen an, um über die derzeitige wirtschaftliche Lage im Bergbau zu beraten. Mitte Mai sei eine weitere Konferenz über innergewerkschaftliche Fragen vorgesehen. Bemerkenswert übrigens die Ankündigung Gutermuths, auf der im Juli stattfindenden Generalversammlung der IG-Bergbau über die Frage zu diskutieren, eine Energiegewerkschaft zu bilden, um damit den strukturellen Veränderungen auf dem Energiesektor auch gewerkschaftsorganisatorisch Rechnung zu tragen.

Erich Ollenhauer, der in seinen einleitenden Ausführungen betont hatte, daß für die Sozialdemokratie die Kohlenkrise ein Problem allerersten Ranges sei, forderte die Bergarbeiterfunktionäre auf, besonders auf jene Kräfte zu achten, die solche Krisenzustände zu politischem Mißbrauch ausnutzen, um die demokratische Ordnung zu zersetzen. Als besondere Aufgabe bezeichnete er die Stärkung des politischen Bewußtseins der Arbeitnehmerschaft. Großen Beifall fand seine Ankündigung, daß die SPD-Bundestagsfraktion schon bald einen Gesetzesentwurf zur Neuordnung der Energiewirtschaft im Bundestag einbringen werde.

Carl Storbeck - 80 Jahre

Ein Leben im Dienste der Deutschen Sozialdemokratie

Von Alfred Nau,

Mitglied des Präsidiums der SPD

Am 3. März wird unser Freund Carl Storbeck, von 1946 bis 1958 Geschäftsführer der "Konzentrations" G.m.b.H., 80 Jahre alt. Die Deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, Menschen wie Carl Storbeck zu den ihren zählen zu dürfen. Der nunmehr bei völliger geistiger und körperlicher Frische in das neunte Lebensjahrzehnt eintretende Carl Storbeck gehört zu den an Mitgliedschaft ältesten Kämpfern unserer Partei.

Ein Jahr vor der Jahrhundertwende fand der junge Handelsschüler Carl Storbeck den Weg zur Partei eines August Bebel und Friedrich Ebert. In den darauffolgenden stürmischen Jahrzehnten blieb sich der gebürtige Hamburger selbst treu. Von der Sozialdemokratie empfing er die entscheidenden Impulse, sie prägten seine Persönlichkeit, gaben seinem Wirken Ziel und Richtung. Storbeck hat noch August Bebel und Friedrich Ebert gekannt, Otto Wels und der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller-Franken schätzten ihn als Menschen und loyalen Mitarbeiter, der unvergeßliche Kurt Schumacher betraute nach 1945 den damals nicht mehr ganz Jungen mit neuen Aufgaben - und wir sind glücklich, ihn noch in unserer Mitte zu wissen.

Der nunmehr achtzig Jahre alt Gewordene - seine Beweglichkeit, sein waches Empfinden für alles Neue und sein am täglichen Geschehen teilnehmender Geist strafen sein Alter allerdings Lügen - blickt auf ein arbeitsreiches Leben im Dienste der Deutschen Sozialdemokratie zurück. Vor dem ersten Weltkrieg betrauten ihn die Hamburger mit verantwortungsvollen Posten in der Partei. Er rechtfertigte das in ihm gesetzte Vertrauen. Nach 1918 holte ihn der Parteivorstand nach Berlin. Carl Storbeck fiel es zu, verantwortlich in der Leitung sozialdemokratischer Wirtschaftsunternehmen mitzuwirken. Deutschlands dunkelste Stunden brachten auch für Carl Storbeck persönliche Demütigungen und Widerwärtigkeiten aller Art. Stets unter dem wachsamen Auge der Gestapo stehend, versuchte sich Carl Storbeck recht und schlecht durchzuschlagen. Er widerstand allen Versuchungen und legte durch sein Verhalten ein Zeugnis dafür ab, daß es auch in schwerer Zeit möglich sein kann, Integrität und Treue für humanistische Werte zu bewahren.

Gerade diese Haltung bewogen die Überlebenden Freunde einer furchtbaren Zeit, Carl Storbeck für den Wiederaufbau sozialdemokratischer Wirtschaftsunternehmen nach 1945 wieder an entscheidender Stelle einzusetzen. Carl Storbeck stellte sich ohne jeden Vorbehalt wieder zur Verfügung, und mit großem Geschick, mit Takt und Würde hat er es verstanden, auch gefährliche Klippen zu umschiffen.

In die Glückwünsche zu seinem achtzigsten Geburtstag sei auch seine Frau eingeschlossen. Sie war ihm stets eine treue Gefährtin, und ohne sie ist unser Carl Storbeck gar nicht denkbar. Beide sind ein Vorbild für eine jüngere Generation, die noch in der Bewährung steht. Mögen sie uns noch recht lange erhalten bleiben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel